

Wirtschaftspolitik



Michael Schlecht, MdB
Chefvolkswirt Bundestagsfraktion
www.michael-schlecht-mdb.de
Fassung vom 5. Oktober 2011

DIE LINKE.

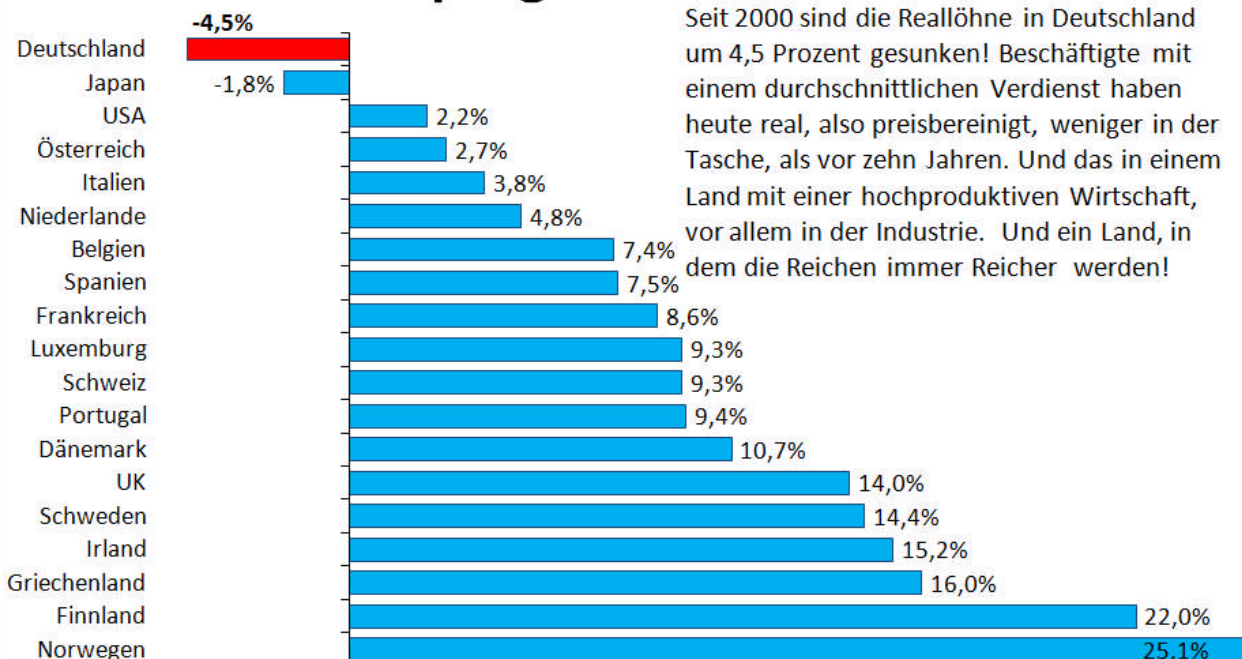
Lohndumping gefährdet Europa

„Sollen wir jetzt auch noch für ganze Länder haften? Nachdem wir schon für die Bankenrettung bluten müssen?“ Viele Menschen haben wenig Verständnis für die Hilfen für Griechenland, Irland und Portugal. „Wen sollen wir den noch alles retten?“ fragt auch die „Bild“-Zeitung

und rechnet vor, was das alles kostet. Deutschland garantiert bereits jetzt annähernd 200 Milliarden Euro und soll ab 2013 auch noch eine Bareinlage von 22 Milliarden Euro für den Rettungsschirm, der dann ESM heißen soll, leisten. Das ist der Weg in die Transferunion.

Deutschland ist Weltmeister - beim Lohndumping!

Michael Schlecht, MdB
DIE LINKE.



Seit 2000 sind die Reallöhne in Deutschland um 4,5 Prozent gesunken! Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Verdienst haben heute real, also preisbereinigt, weniger in der Tasche, als vor zehn Jahren. Und das in einem Land mit einer hochproduktiven Wirtschaft, vor allem in der Industrie. Und ein Land, in dem die Reichen immer Reicher werden!

Quelle: Global Wage Report, Internationale Arbeitsorganisation Genf, Griechenland und Portugal Ameco-Datenbank

In Finnland haben die Rechtspopulisten mit dem Slogan „Wir wollen nicht für die Fehler der anderen bezahlen“ ihre Sitze mehr als ver-sechsfach. Und in Frankreich bereitet die Front-National-Chefin Marine Le Pen mit noch aggressiveren Parolen ihren Wahlkampf für die Präsidentschaft 2012 vor. Sie wird in Meinungsumfragen bereits heute als Siegerin des ersten Wahlganges gehandelt. Und in vielen anderen Ländern nutzen Rechtspopulisten die Schuldenkrise in Europa für ihre Parolen.

In Deutschland könnte es auch zu einer neuen rechtspopulistischen Kraft kommen. Jedoch sitzen Vertreter dieser Denkrichtung bereits im Parlament in den Reihen von Union und FDP.

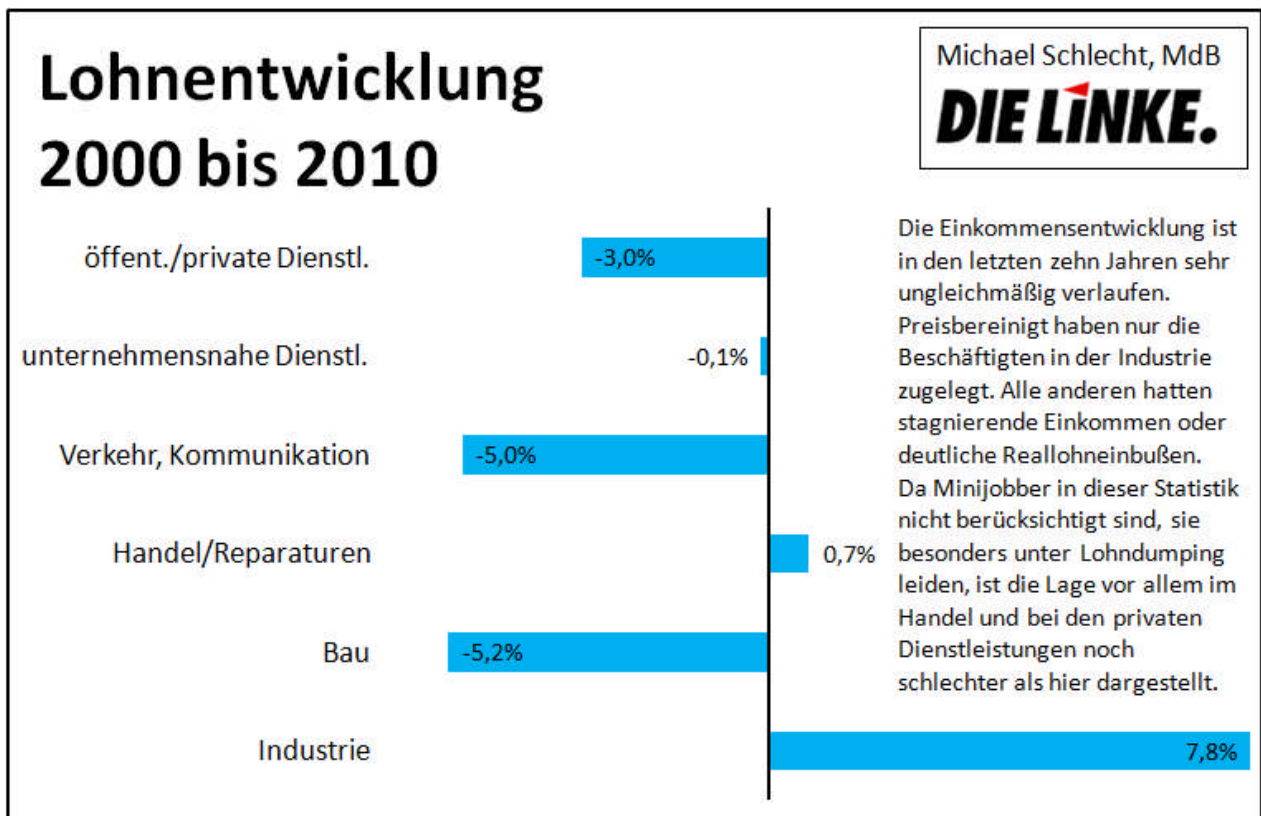
Von ihnen kommt der größte Widerstand gegen weitere Hilfe für Griechenland. Und wenn, soll sie mit massiven Eingriffen in die griechische Souveränität verbunden werden. Der CSU-Politiker Michelbach fordert eine „Agentur“, die maßgeblich vom IWF und der EU getragen wird und die tief in die inneren griechischen Angelegenheiten hineinregieren soll. *„Die Regierung in Athen sollte alle staatlichen Unternehmen und Beteiligungen auf diese Agentur übertragen, die die Verkäufe dann abwickelt.“* Man ist unweigerlich an die „Treuhand“ erinnert, die die

Abwicklung und Ausplünderung der DDR organisierte. Dies würde den Widerstand des griechischen Volkes massiv steigern. Insofern besteht Hoffnung, dass derartige weitreichende Angriff abgewehrt werden.

Die Hardliner in der deutschen Regierungskoalition drohen gleichwohl, dass sie weitere Hilfe, sei es für Griechenland, sei es in Gestalt des neuen Rettungsmechanismus ESM – siehe Seite 13f. – im Parlament nicht mehr mittragen. Ob es zu Beginn des Jahres 2012 für den ESM eine Mehrheit gibt, ist offen.

Damit droht sich die Krise zuzuspitzen. Die Strategie zur Lösung der Eurokrise von Kanzlerin Merkel ist gescheitert, obwohl sie immer wieder betont hat, dass Deutschland der Hauptprofiteur des Euro ist und alles unter-nommen werden müsse um ihn und die euro-päische Integration zu verteidigen.

In der Tat, die Gefahren gerade für die deutsche Exportwirtschaft sind gewaltig. Wenn es nach einem drohenden Zerfall der Euro-Zone wieder eine nationale Währung gäbe, würde sie sofort um 30 bis 40 Prozent aufwerten. Rund ein Drittel der Arbeitsstunden werden in der Exportindustrie geleistet. Mehr als zehn Millio-



nen Arbeitsplätze hängen damit an der Exportwirtschaft. Bei einer Aufwertung wären Millionen von Arbeitsplätzen in Gefahr.

Zentrale Krisenursache: Außenhandelsungleichgewichte

Deutsche Unternehmen waren schon immer auf den Export orientiert. In den letzten 20 Jahren wurde dieser massiv gesteigert. Lag zu Beginn der 1990er Jahre der Anteil noch bei etwas mehr als 20 Prozent am Bruttoinlandsprodukt, so wurde der Anteil bis heute verdoppelt und lag 2010 bei 46 Prozent.

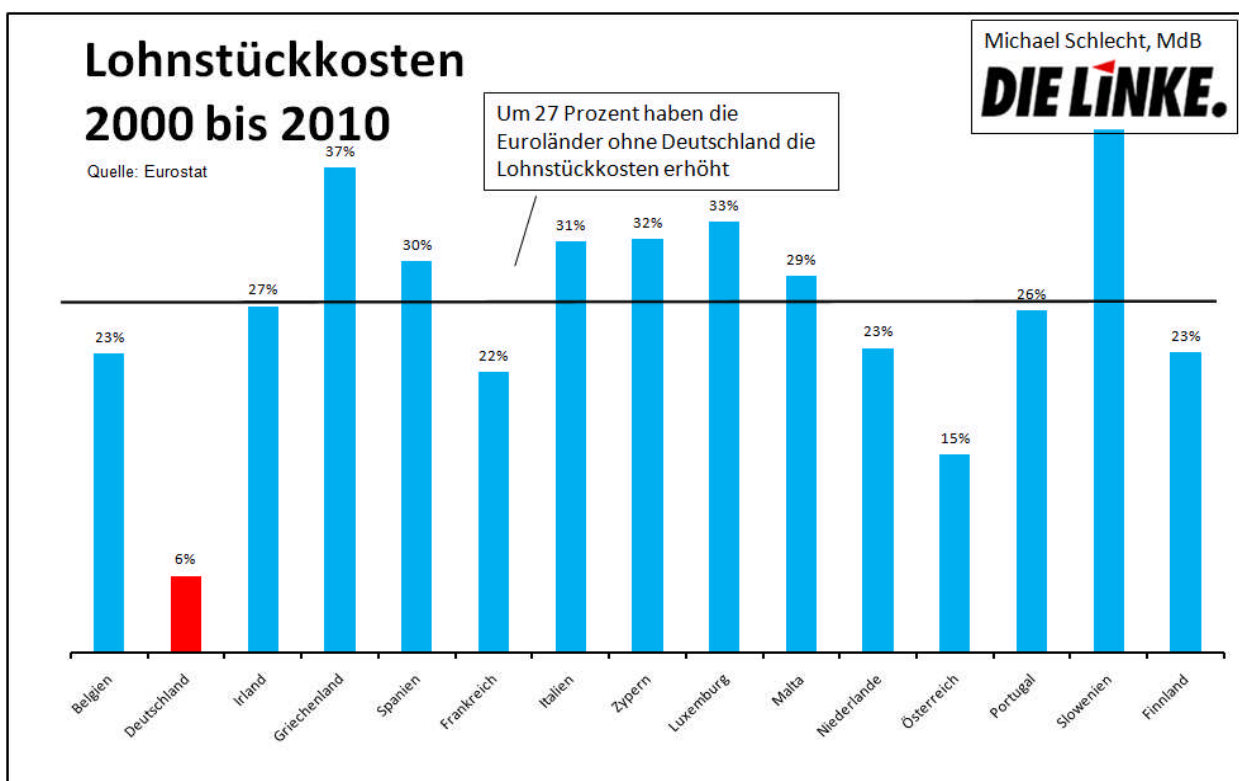
Diese Exportoffensive wurde durch hochinnovative Produkte begünstigt. Hinzu kam eine günstige Entwicklung der Lohnkosten. Dies betraf nicht so sehr die Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen mit hohem Exportanteil, vor allem der Industrie. Hier – vorwiegend im Organisationsbereich der IG Metall – konnten die Verteilungsspielräume sogar noch einigermaßen ausgeschöpft werden. Moderate oder sogar sinkende Lohnkosten gab es vor allem im Dienstleistungsbereich. Vielfach wurden Kantinen, Werksschutz und viele andere industriennahe Bereiche ausgelagert; neudeutsch: outgesourct. Davon profitierten auch Unternehmer in der Industrie.

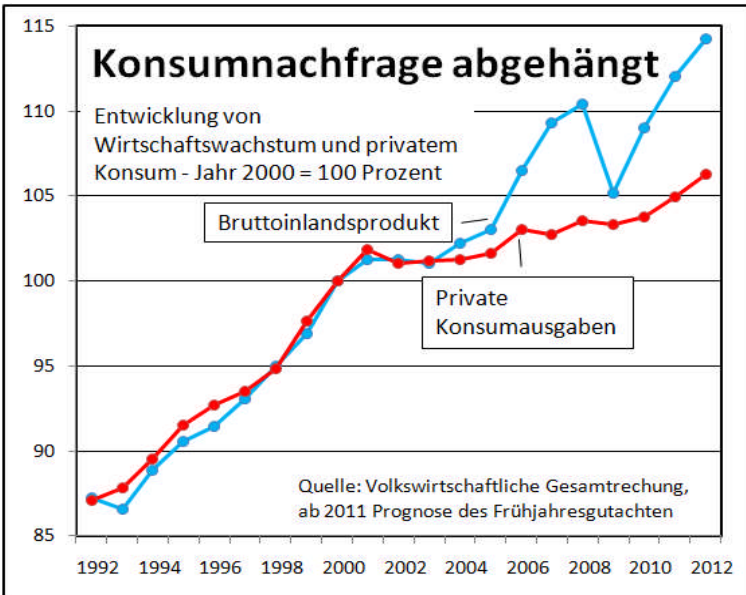
„Während die deutschen Arbeitnehmer seit Beginn der Währungsunion 1999 mit einer schmalen Lohnsteigerung von zwölf Prozent vorlieb nehmen mussten, konnten sich die Luxemburger über 41 Prozent mehr Geld freuen. Wenn man die Inflation mit einbezieht, hat sich das Realeinkommen der deutschen Arbeitnehmer verschlechtert.“

Schuld daran seien unter anderem die Hartz-Reformen, die „ganze Teile der Bevölkerung in den Niedriglohnssektor hin abgedrückt“ hätten.

Jean Claude-Juncker, Chef der Euro-Gruppe, Luxemburger Wort, 11. August 2010

Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mit Sitz in Genf haben die Beschäftigten in Deutschland ein verlorenes Jahrzehnt hinter sich: Die Löhne fielen gegenüber 2000 um den Preisanstieg bereinigt um 4,5 Prozent. Die Beschäftigten verdienen im Durchschnitt also weniger als vor zehn Jahren – trotz Anstieg der Produktivität. Deutschland ist damit Schlusslicht unter 26 entwickelten Industrienationen. Nur in Israel und Japan gab es ebenfalls Reallohnverluste, aber sie fallen geringer aus als in





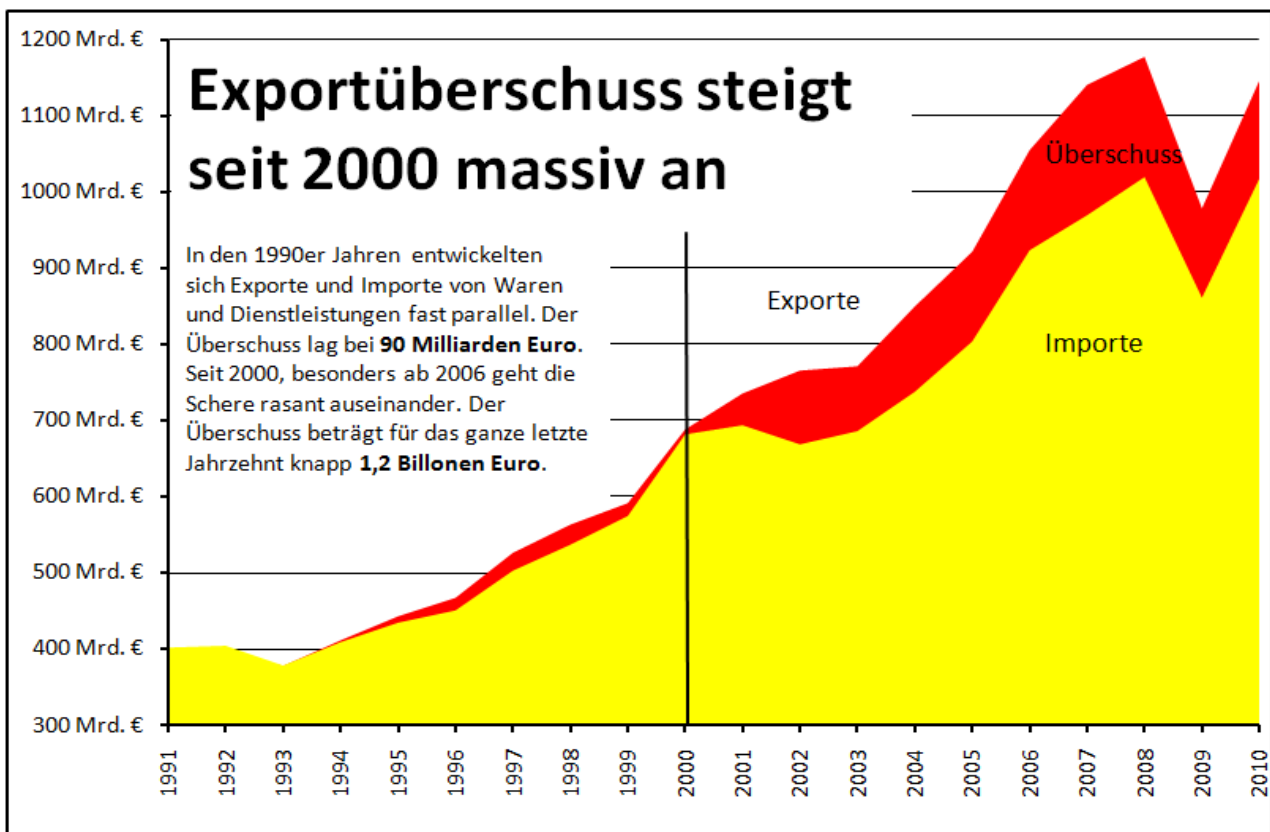
tivität entscheidend. Die Ökonomen fassen beides in den **Lohnstückkosten** zusammen.

Von 2000 bis 2010 sind sie im Durchschnitt der Euro-Zone um 20 Prozent gestiegen, in Deutschland lag der Anstieg gerade einmal bei sechs Prozent! Wären im letzten Jahrzehnt die Einkommen gemäß der Produktivitäts- und Preisentwicklung angewachsen, dann lägen die Lohnstückkosten um rund 20 Prozent höher. Dann wäre der sogenannte *verteilungsneutrale Spielraum* ausgeschöpft worden und es hätte keine ständige Enteignung der Beschäftigten zugunsten der Unternehmen gegeben.

Deutschland. In den übrigen entwickelten Ländern stiegen die Reallöhne, in Norwegen legten sie seit 2000 um 25 Prozent zu. Selbst in China stiegen sie um zehn Prozent. Nach den anderen Berechnungsmethoden der *Europäischen Kommission* sind die Lohnverluste in Deutschland mit minus 2,7 Prozent von 2000 bis 2010 geringer; am allgemeinen Trend der deutschen Billiglöhne ändert sich dadurch nichts.

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist neben den Löhnen die Steigerung der Produk-

Verantwortlich für diese Entwicklung ist das deutsche Lohndumping. Es hat einen Namen: Agenda 2010 mit Befristungen, Leiharbeit, Mini-jobs und Hartz IV. Die Angst vor dem Abstieg hat die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften stark eingeschränkt. Wer Angst um den Job oder vor Hartz IV, hat überlegt sich dreimal, ob er für den Erhalt von Tarifverträgen eintritt oder für höhere Löhne streikt.



Das Lohndumping führt gleichzeitig zu einer Dämpfung des privaten Konsums. Zudem wurde auch der staatliche Konsum beschnitten. Beides bewirkte eine sehr schwache Entwicklung der Binnennachfrage und somit einen geringen Anstieg der Importe. Während in den 1990er Jahren die Importe noch Schritt hielten mit dem Anstieg der Exporte, fallen sie im letzten Jahrzehnt deutlich zurück.

So öffnet sich zwischen Exporten und Importen eine immer größere Schere. Der Waren-Außenhandelsüberschuss erreicht im Spitzenjahr 2007 fast 200 Milliarden Euro. Nach dem krisenbedingten Rückgang 2009 liegt er 2010 wieder bei rund 150 Milliarden Euro. Die vor allem seit 2000 entstandene Lücke ist so groß, dass der Waren-Außenhandelsüberschuss des letzten Jahrzehnts in der Summe rund 1,5 Billionen Euro beträgt.

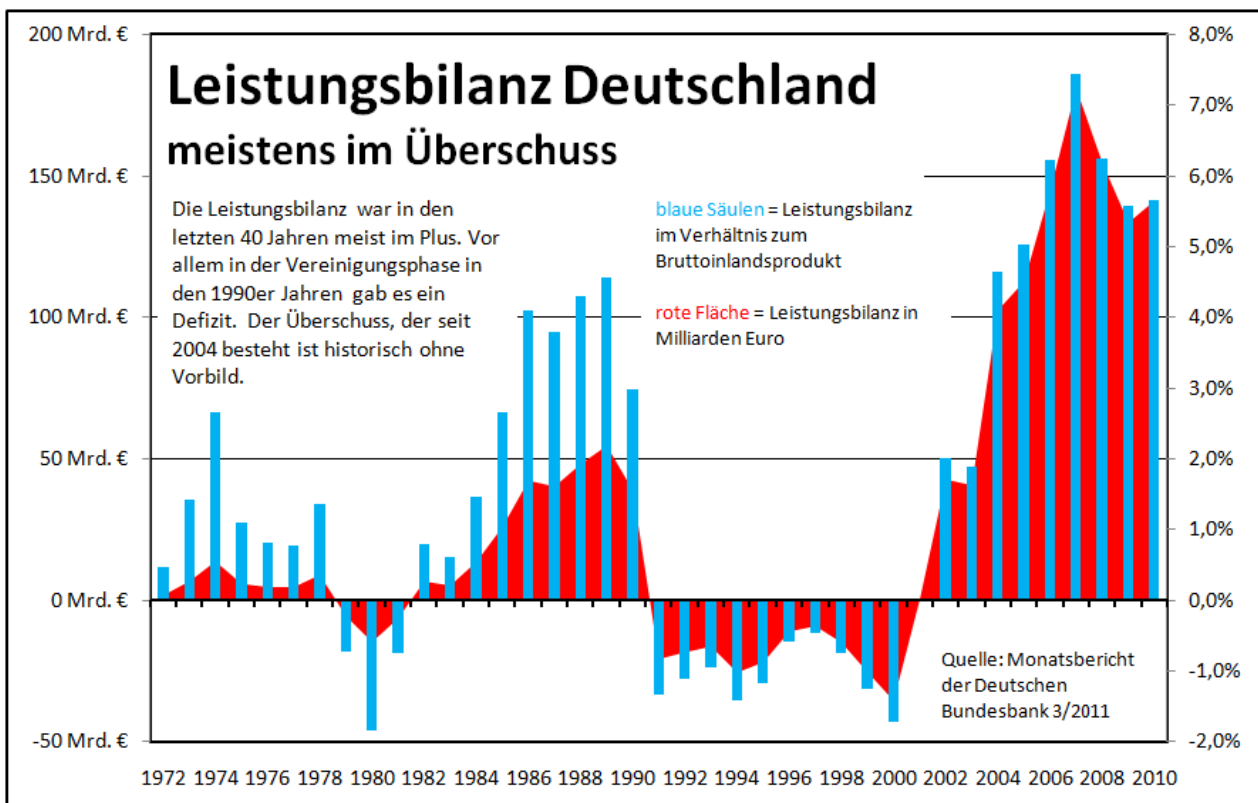
Berücksichtigt man auch noch die Dienstleistungen, also vor allem den Tourismus, dann verringert sich der Überschuss, der sogenannte Außenbeitrag. Von 2000 bis 2010 beträgt er in der Summe immer noch knapp 1,2 Billionen Euro. Zum Vergleich: In den 1990er Jahren lag der Außenbeitrag in der Summe gerade einmal bei 90 Milliarden Euro.

Berücksichtigt man zusätzlich zum Überschuss bei Waren und Dienstleistungen – dem Außenbeitrag -- noch sogenannte Übertragungen, zum Beispiel Überweisungen deutscher Unternehmen an ihre Tochterfirmen im Ausland, so ergibt sich der sogenannte **Leistungsbilanzüberschuss** von 2001 bis 2010 in Höhe von 1,05 Billionen Euro.

Die Folgen dauerhafter Ungleichgewichte

Verkauft ein Land dauerhaft mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland als es von dort einkauft, führt dies spiegelbildlich in den anderen Ländern zu einer immer größeren Verschuldung der privaten Haushalte, der Unternehmen, des Staates und der Banken.

Eine Netto-Auslandsverschuldung ist vorhanden, wenn alle Sektoren – Staat, Unternehmen und private Haushalte – mehr Schulden als Forderungen gegenüber dem Ausland haben. Die Netto-Auslandsverschuldung Portugals betrug Ende 2010 zum Beispiel fast 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in Griechenland waren es mehr als 90 Prozent. Deutschland ist hingegen Netto-Gläubiger. Staat, Unternehmen und Privatleute halten Netto-Forderungen von mehr als 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Ausland.



Die Überschüsse Deutschlands mussten ... im Ausland angelegt werden. Der größte Teil wurde nicht in Realvermögen (Direktinvestitionen) angelegt, sondern in ausländische Finanztitel: In den Jahren 2004 bis 2009 kumulierten sich die jährlichen Zuflüsse an Nettofinanzvermögen im Ausland auf 982 Mrd. Euro. ... Das Nettofinanzvermögen lag Ende 2009 aber nur 527 Mrd. Euro über dem Wert von 2003. Wie erklärt sich der Schwund? Hauptursachen für die Verflüchtigung von 455 Mrd. Euro waren die von den Banken angekauften Schrottpapiere, aber auch Bewertungsverluste durch Dollar-Abwertung und Aktienkursverfall.

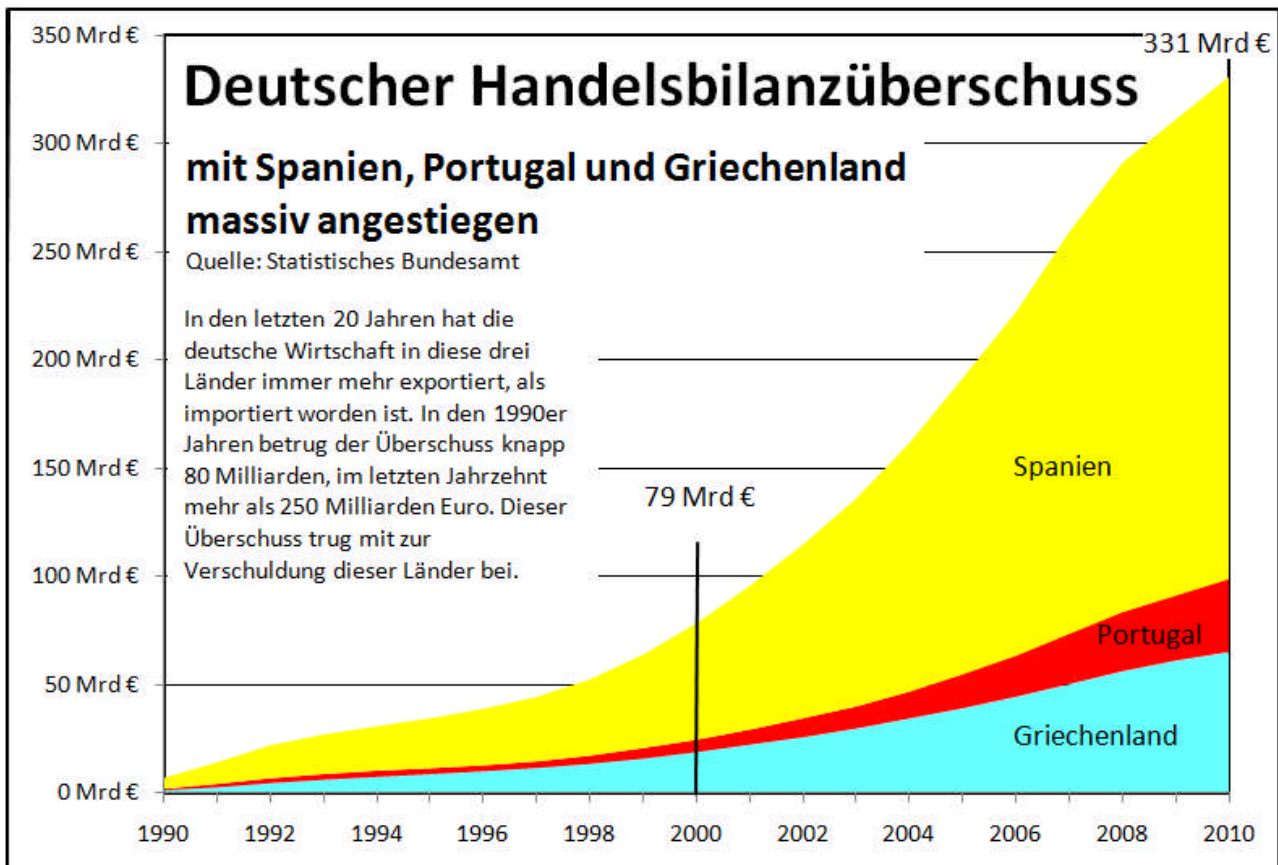
Stephan Schulmeister, Deutschland verbrennt sein Vermögen im Ausland, Handelsblatt, 27. November 2010

Ein Teil dieser Forderungen hat sich bereits in der Krise der letzten Jahre verflüchtigt. Deutsche Banken, aber auch deutsche Unternehmen haben mit einem Teil der Liquidität, die ihnen aufgrund der Exportüberschüsse zugeflossen ist, schlicht gezockt. Sie haben im Aus-

land riskante Papiere gekauft, die sich letztlich als Schrott erwiesen haben. Die ganze grandiose deutsche Wettbewerbsfähigkeit hat sich daher volkswirtschaftlich nicht gelohnt. Zumindest ein Teil der Erträge hat sich in Luft aufgelöst. Banken und Unternehmer halten sich seit Jahren schadlos, indem sie den Steuerzahler für diese Zockergeschäfte zahlen lassen. Die Beschäftigten werden über höhere Steuern und schlechtere Leistungen des Staates auch noch dafür zur Kasse gebeten. Weil sie das Lohn-dumping ertragen bzw. nicht verhindert haben.

Diese Entwicklung ist noch längst nicht ans Ende gekommen. Weitere Forderungen deutscher Banken, der Unternehmer und Vermögenden werden sich aufgrund der Schuldenkrise letztlich als uneinbringlich erweisen.

Das ist die dunkle Kehrseite des Exportgiganten Deutschland. Platzt am Ende die Kreditblase, bleiben die Kosten der Krise beim jeweiligen Staat hängen. Der Steuerzahler kommt für Konjunkturprogramme, Bankenrettung, sinkende Steuereinnahmen und höhere Ausgaben für Arbeitslosigkeit auf. Das Resultat: eine dramatische Staatsverschuldung in vielen Ländern.



Die Deutschen werden inzwischen als die Chinesen Europas bezeichnet. Unsere Handelsbilanz- und Leistungs-bilanzüberschüsse spiegeln sich in den entsprechenden Defiziten anderer Länder wider.

Peer Steinbrück, SPD, im Bundestag, 24. März 2011

Innerhalb der Eurozone kommt als besonderes Verhängnis hinzu, dass die Defizitländer sich gegenüber Deutschland nicht mit einer Abwertung ihrer Währung wehren können.

Diese von Deutschland ausgehenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind die zentrale Ursache der Krise. Ohne die Überwindung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte können die Probleme der europäischen Wirtschaft nicht gelöst werden. Der Schlüssel hierfür liegt in Deutschland.

Das ist für viele Menschen unfassbar

Vielen Menschen in Deutschland geht es heute schlechter als vor zehn Jahren. Schlechtere Jobs, weniger Geld und steigende Preise, vor allem für Energie. Und die staatlichen Leistungen bei Notlagen werden zurückgefahren. Die Verbitterung ist groß: „Für die anderen ist sofort Geld ohne Ende da, für uns gibt es nur Krümel.“

Die Verbitterung wird bestärkt wenn die deutsche Politik für die Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes um sage und schreibe fünf (!) Euro ein Jahr Zeit braucht. Die in Aussicht gestellte weitere Erhöhung um drei Euro ab 2012 verkaufte insbesondere die SPD als große Tat. Für die Rettung von Griechenland wurde im Mai 2010 innerhalb einer Woche ein Paket von 110 Milliarden durch das Parlament gewunken. Zwei Wochen später werden wieder nur fünf Tage benötigt für den Euro-Rettungsschirm in Höhe von 750 Milliarden Euro. Das ist für viele Menschen unfassbar.

Das Lohn- und Sozialdumping, vorangetrieben durch die Agenda 2010 ist für viele soziale

Misstände der zentrale Grund. Es ist zugleich die entscheidende Ursache dafür, dass „die anderen“ in Schwierigkeiten geraten sind. Dieser Zusammenhang ist auf den ersten Blick nicht erkennbar. Deshalb haben Rechtspopulisten in diesen Tagen ein leichtes Spiel. Sie lenken die berechtigte Wut der Bevölkerung auf die „Pleite-Griechen“ statt auf die Verursacher und Profiteure der Krise.

Der beste Beitrag zur Verbesserung der sozialen Lage großer Teile der Bevölkerung, für die Stärkung der Binnenwirtschaft und für die Überwindung der europäischen Schuldenkrise ist der Kampf gegen die Agenda 2010.

Was getan werden müsste

DIE LINKE lehnt die bisherige „Euro-Rettung“, so jüngst auch die Erweiterung des EFSF, vor allem deshalb ab, weil die Kreditvergabe an massive Kürzungsprogramme, an Lohnsenkung, Sozialabbau und Privatisierungen geknüpft wird. Mit dieser, den Ländern aufgezwungenen Austeritätspolitik will Merkel faktisch die Agenda 2010 in die anderen Länder Europas exportieren.

Viele Griechen beklagen aber auch, das von der EU und dem IWF diktierte Rezept des Sparens habe überhaupt erst zum Einbruch des Konsums und zum Abwürgen der Konjunktur geführt.

Handelsblatt, 3. Juni 2011

Die unsozialen Kürzungspakete sind Gift für das Wachstum und verstärken die Schuldenkrise. Mit dieser Strangulierung wird die Krise verschärft. Das tragische Beispiel für diese desaströse Politik ist Griechenland. Die Wirtschaft bricht ein und die Hoffnung schwindet, dass die Verschuldung sinkt. Das Land, droht in der Ägäis zu versinken.

Sofortmaßnahmen

Aufbauhilfen: Die erste Sofortmaßnahme muss darin bestehen den Ländern nicht nur Kredite zu gewähren, sondern darüber hinaus ihnen mit Aufbauhilfen unter die Arme zu grei-

fen. So wie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg Deutschland mit dem Marshall-Plan halfen. Aber weit gefehlt. Vor allem Merkel will das nicht.

Europäische Bank für öffentliche Anleihen:

Die Finanzierung der Staatsschulden in der Eurozone muss von den Finanzmärkten befreit werden. Banken dürfen nicht länger an den hohen Zinsen bzw. der Staatsverschuldung verdienen. Sie leihen sich zu etwas mehr als einem Prozent bei der EZB Geld und kaufen Anleihen. Für griechische gibt es 15 bis 20 Prozent oder für irische um die zehn Prozent Zinsen.

"Heute können Anleger mit griechischen Staatsanleihen rund 20 Prozent verdienen, die mit deutschen Steuermitteln garantiert werden"

Karsten Schröder, Hedge-Fonds Manager, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29. Mai 2011

DIE LINKE fordert daher eine *Bank für öffentliche Anleihen*. Sie könnte sich billiges Geld bei der EZB leihen und ohne Aufschlag an die Euro-Staaten weiterreichen. Das würde Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erheblich entlasten.

Banken aus den Euro-Krisenstaaten Griechenland, Irland, Portugal und Spanien haben Risiken von mehreren hundert Milliarden Euro bei ihren Notenbanken abgeladen. Die Notenbanken haben wegen der Bankenkrise Sicherheiten akzeptiert, die teilweise unter den europaweiten Standards liegen. Dadurch ist die Notenbank zu einer „riesigen Bad Bank“ geworden.

Financial Times Deutschland, 24. Mai 2011

Die EZB hat den Banken bisher im Notfall Staatsanleihen von Krisenstaaten abgekauft, um die Kurse zu stützen bzw. die Zinsen zu drücken. Das ist zwar besser als gar nichts, aber vor allem von den Launen der Finanzmärkte abhängig. Außerdem mutiert die Zentralbank so zur Bad Bank. Denn solange die

Staaten sich nicht dauerhaft günstig finanzieren können droht weiterhin ein Staatsbankrott. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haften dann für die faulen Papiere in den Tresoren der EZB, die bis Herbst 2011 mehr als 140 Milliarden Euro riskanter Staatspapiere in der Bilanz hat.

Euro-Anleihen: Darüber hinaus sollten die Euro-Staaten gemeinsame Staatsanleihen auflegen, um Spekulation gegen einzelne Mitgliedsstaaten einzudämmen. Die EU-Verträge müssen hierfür angepasst werden. Euro-Anleihen würden den Krisenstaaten günstigere Zinsen verschaffen, weil auch die Staaten mit guter Bonität für diese Anleihen bürgen.

Wir lehnen die Einführung von Euro-Bonds ab. Denn dies wäre die Vergemeinschaftung von Schulden und der Einstieg in eine gesamtschuldnerische Haftung.

Kanzlerin Merkel im Bundestag, 5. Mai 2010

Die Zinsbelastung für Deutschland würde gegenüber einer Bundesanleihe leicht zunehmen. Die in der Presse gehandelten Mehrkosten von 17 Milliarden Euro jährlich sind aber eine Phantasierechnung. Sie unterstellt, dass schlagartig für die gesamte deutsche Staatsverschuldung ein höherer Zins bezahlt werden müsste. Aber Deutschland muss diese Staatsschulden ja nicht alle auf einmal refinanzieren. Der Wirtschaftsweisen *Peter Bofinger* weist zudem darauf hin, dass ein so großer Markt wie die Euro-Zone für Investoren weltweit so attraktiv wäre, dass die Zinsen im Ergebnis sinken könnten.

Deutsche Binnenwirtschaft stärken

Eine nachhaltige Behebung der Krise in der Euro-Zone muss die zentrale Ursache bekämpfen: *Die Ungleichgewichte im Außenhandel müssen verringert und vor allem das deutsche Lohndumping muss gestoppt werden.*

Lohndumping beenden: Der Hunger- und Niedriglohnsektor muss trockengelegt werden. Deshalb fordert DIE LINKE die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro. So kann die Lebenslage von fast acht Millionen

Beschäftigten verbessert und die Einkommen können um 26 Milliarden Euro steigen. Dies wäre ein deutlicher Beitrag zu Stärkung der privaten Binnennachfrage. Darüber hinaus müssen Mini-Jobs, Befristungen und Leiharbeit zurückgedrängt und beseitigt werden.

DIE LINKE fordert eine bedarfsorientierte repressionsfreie Grundsicherung in Höhe von 500 Euro zuzüglich Kosten der Unterkunft. Dies würde nicht nur die Lebenslage der Betroffenen deutlich verbessern, sondern 12 Milliarden Euro zusätzliche Kaufkraft erzeugen. Die ehemalige Rentenformel soll wiederhergestellt werden. Dazu gehört, dass die bislang den Rentnern und Rentnerinnen vorenthalten Rentenerhöhungen – im Wesentlichen die sogenannte „Riester-Treppe“ – sofort nachgezahlt wird. Dies wäre eine Erhöhung von vier Prozent. Die Binnennachfrage würde um sieben Milliarden Euro gestärkt.

Allein diese drei Maßnahmen würden die Nachfrage auf dem deutschen Binnenmarkt um 45 Milliarden Euro erhöhen und die Lebenslage vieler Menschen verbessern.

Und wir brauchen vor allem ein Ende des Lohndumpings. Die Tarifeinkommen müssen deutlich stärker steigen, die Tarifbindung deutlich erhöht werden. Um dies zu erreichen, ist es notwendig die gesetzlichen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln zu verbessern. Die prekäre Beschäftigung, die ein Instrument des Lohndumpings ist, muss beendet werden.

Eine gestärkte Binnennachfrage würde nicht nur die Binnenwirtschaft ankurbeln, sondern auch zu höheren Importen führen. So kann ein Beitrag geleistet werden, die Exportüberschüsse abzubauen. Mit mehr deutschen Importen können andere Länder deutsche Exporte kaufen und vor allem auch bezahlen!

Sozial-ökologisches Zukunftsprogramm: Zur Stärkung der Binnennachfrage gehört auch der massive Ausbau des Sozialstaates, der ökologische Umbau und die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Deshalb wollen

wir ein Zukunftsprogramm mit 125 Milliarden Euro.

DIE LINKE will zwei Millionen tariflich bezahlte Arbeitsplätze sichern und schaffen. Es gibt genug zu tun. Beim Klimaschutz, dem ökologischen Umbau, bei Erziehung und Bildung für unsere Kinder. Und für die Kranken und Alten wollen wir mehr und bessere Pflege. Der öffentliche Personenverkehr muss verbessert werden, ebenso die Infrastruktur, die an vielen Orten bereits verrottet. Bei den kommunalen Investitionen besteht ein Stau von über 700 Milliarden Euro.

Das Zukunftsprogramm soll dauerhaft sein und dauerhaft Arbeitsplätze schaffen. Davon allein eine Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Die zweite Million soll durch Aufträge des Staates an die Privatwirtschaft entstehen. Mehr Menschen in gut bezahlter Arbeit sind auch ein wichtiger Beitrag zu Stärkung der Binnennachfrage und damit auch der Importe.

Das Zukunftsprogramm führt aber gleichzeitig zu einer tendenziellen Verringerung der Exporte. In vielen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie würde eine deutliche Steigerung der Nachfrage aus dem Inland entstehen. Denn: Mit dem ökologischen Umbau brauchen wird verbesserte öffentliche Personen-Verkehrssysteme. Oder den Ausbau regenerativer Energieerzeugung. Oder ..., vieles Weitere könnte man hier auflisten. So kann ein Teil der industriellen Exportproduktion durch die Nachfrage aus der Binnenwirtschaft ersetzt werden.

Mit mehr Importen durch eine gestärkte Binnennachfrage und eine Verringerung der Exporte durch mehr Aufträge aus dem Inland kann der Exportüberschuss beseitigt und außenwirtschaftliches Gleichgewicht hergestellt werden.

Millionäre zur Kasse: Mit dem steuerpolitischen Konzept der LINKEN ließen sich 180 Milliarden Euro im Jahr mehr einnehmen und damit unsere Reformen wie zum Beispiel die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II und das Zukunftsprogramm solide finanzieren. Eine Forderung ist dabei besonders wichtig: Die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Mil-

lionärsteuer. DIE LINKE will Vermögen über eine Million Euro mit fünf Prozent besteuern. Diese Millionärsteuer brächte jährliche Einnahmen von 80 Milliarden Euro.

Umschuldung?!

Mit der Ausbreitung der Schuldenkrise in Europa, die mittlerweile Irland und Portugal unter den EFSF-Rettungsschirm gezwungen hat und mit der sich zuspitzenden griechischen Tragödie wird mittlerweile breit über weitergehende Maßnahmen diskutiert. Insbesondere die „Umschuldung“ ist Thema, mit der die Schuldenlast der Krisenländer nachhaltig gemildert werden könnte.

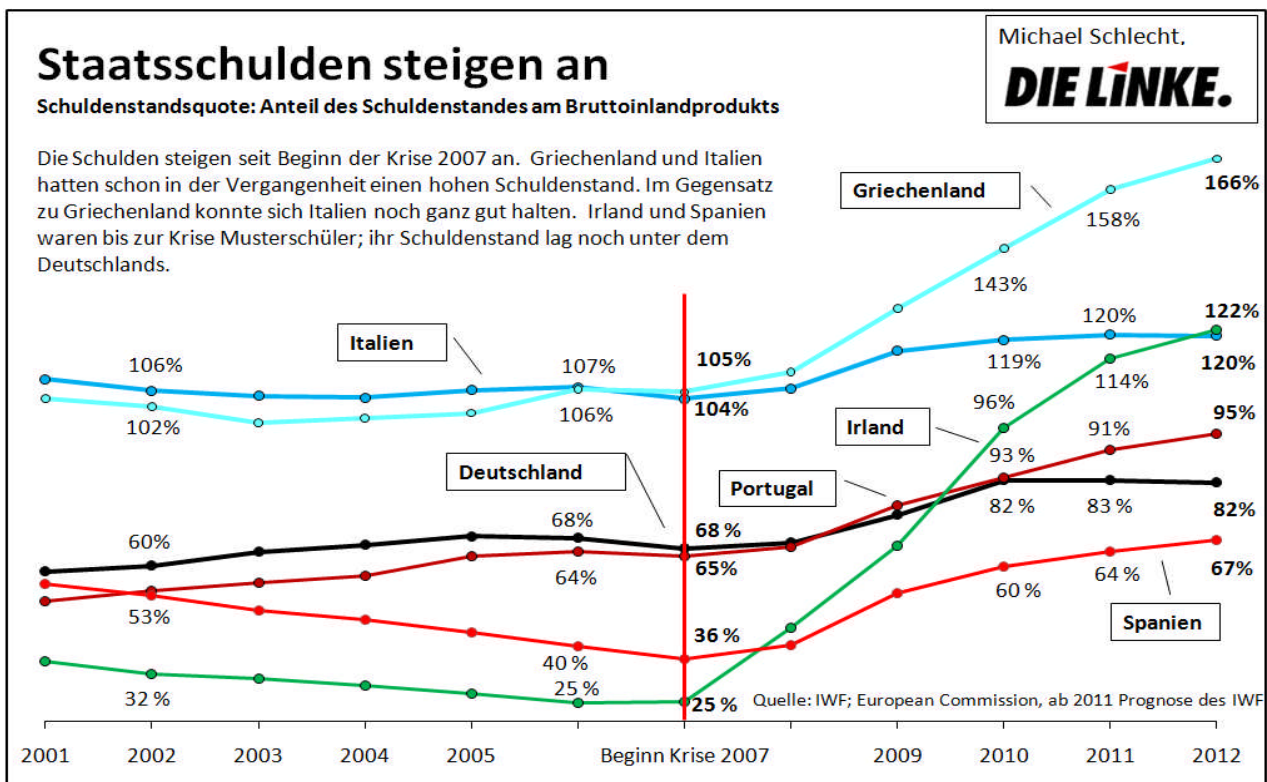
In der Tat: Je länger die desaströse Politik fort-

"Ohne Schuldenschnitt haben die Peripherieländer keine Chance, die Schulden zu reduzieren. Die harten Sparmaßnahmen sind schon jetzt innenpolitisch kaum durchsetzbar, wie die Proteste in Griechenland und Spanien zeigen. (...) Außerdem ersticken die Sparprogramme jegliches Wachstum. Das ist alles nicht sinnvoll!"

Karsten Schröder, Hedge-Fonds Manager, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29. Mai 2011

gesetzt wird, umso wahrscheinlicher, dass die Krisenländer nicht mehr die Chance haben aus der Verschuldung selbst bei gutem Wirtschaftswachstum wieder herauszuwachsen.

Der Chefvolkswirt der *Financial Times*, Martin Wolf, rechnet folgendes durch: Nehmen wir an, Griechenland könnte seine Staatsschulden mit sechs Prozent dauerhaft finanzieren, statt der 16 Prozent, die gegenwärtig für zehnjährige Anleihen auf dem Finanzmarkt verlangt werden. Gehen wir weiter von einem nominalen Wachstum von vier Prozent aus; das heißt, wir unterstellen, Griechenland käme aus dem wirtschaftlichen Einbruch heraus, in dem es jetzt steckt. Selbst unter solch optimistischen Annahmen müsste Griechenland im Staatshaushalt einen Primärüberschuss – also vor der Berücksichtigung der Zinszahlungen – von 3,2 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt erzielen, um nicht weiter in die Verschuldung abzurutschen. Wollte es von der Schuldenstandsquote, die bald bei 160 Prozent liegen wird wieder herunterkommen auf die gemäß Maastricht-Vertrag geforderten 60 Prozent, so müsste Griechenland bis 2040 jedes Jahr einen Primärüberschuss von sechs Prozent erwirtschaften. Dies alles erscheint sehr unwahrscheinlich.



Griechenland steckt in der Zwickmühle: Gläubiger wissen, dem Land fehlt die Glaubwürdigkeit, Geld zu Zinssätzen zu leihen, die es sich leisten kann. Es wird immer noch mehr öffentliche Gelder brauchen – und so wird die Lage immer prekärer.

Martin Wolf, Chefvolkswirt der Financial Times, FTD, 16. Mai 2011

Vor dem Hintergrund wird die Notwendigkeit einer Umschuldung immer drängender. Dabei gibt es unterschiedliche Formen: Man kann die Laufzeit von Anleihen zwangsweise verlängern, eine Zinsabsenkung herbeiführen oder einen richtigen Kapitalschnitt, eine Herabsetzung der Schuld gesetzlich regeln. Letzteres könnte etwa einen Abschlag von 50 Prozent auf die Staatsschulden bzw. Forderungen der Gläubiger beinhalten.

Es kam in den letzten 15 Jahren zu sieben Umschuldungen, die nur aus Fristenverlängerungen bestanden. Die durchschnittliche Reduzierung der Schuldenlast lag bei 21 Prozent.

Henrik Enderlein, Professor, Hertie School, FTD, 31. Mai 2011

Viele hoffen noch, mit einer sanften Umschuldung durch Laufzeitverlängerung auszukommen. Gerade auch Finanzminister Schäuble hat dies immer wieder in die Diskussion gebracht. Jedoch wäre damit keine wirklich Entlastung möglich.

Für eine Entlastung von vielleicht 20 Prozent würden sich die auch mit einer sanften Umschuldung verbunden Risiken nicht lohnen. Als realistische Lösung bliebe dann nur die harte Umschuldung, der Schuldenschnitt von wahrscheinlich 50 Prozent. Dann müssten diejenigen, die Staatspapiere halten, einen Verzicht auf einen Teil ihrer Forderungen hinnehmen.

Mit solch einem einschneidenden Schritt stellt sich sofort die Frage: Wie mit der Ansteckungsgefahr umgehen? Und: Wie können Kettenreaktionen bei den Gläubigern vermieden werden, die einen erheblichen Abschreibungsbedarf haben? Wie kann ein Finanzcrash

vergleichbar dem Fall von Lehman Brothers verhindert werden?

Zur Ansteckungsgefahr: Wenn ein Land, zum Beispiel Griechenland eine harte Umschuldung durchführt, dann werden mindestens noch Portugal, Irland, Spanien, vermutlich auch Italien und Belgien in die Zahlungsunfähigkeit getrieben. Die Finanzinvestoren werden aus Furcht vor Verlusten noch höhere Zinsen von potentiellen Krisenstaaten verlangen.

Ein Schuldenschnitt würde durch einen Anleihetausch durchgeführt, bei dem griechische Anleihen gegen Eurobonds getauscht würden, wobei Letzterer dem aktuellen Marktwert griechischer Anleihen entsprechen ... könnte. ... Der Vorteil: Verluste wären realisiert, der Eurobond könnte als solides Instrument mit einem sehr hohen Rating sofort wieder als Sicherheit eingesetzt werden.

Henrik Enderlein, Professor, Hertie School, FTD, 31. Mai 2011

Deshalb ist ein solcher Schritt nur zu verantworten, wenn mindestens die betreffenden, möglicherweise alle Staaten in der Euro-Zone komplett von den Finanzmärkten abgekoppelt werden. Möglich ist dies mit der *Europäischen Bank für öffentliche Anleihen* oder mit *Eurobonds*.

Zur Gefahr der Kettenreaktion: Diese Staatsfinanzierung wäre auch deshalb notwendig, um die finanziellen Folgewirkungen auffangen zu können. Auch in Deutschland müssten private und öffentliche Banken oder Lebens- und Rentenversicherer Kredite abschreiben. Der Staat müsste zumindest teilweise in Not geratene Banken und Versicherungen mit Garantien oder auch frischem Kapital ausstatten, um Risiken für das Finanzsystem oder Verluste für Rentnerinnen und Rentner zu verhindern.

Vermögensbesitzer zur Kasse

Eine alternative Staatsfinanzierung könnte den Anstieg der deutschen Staatsschulden zwar begrenzen, aber nicht stoppen. Sie liegt ohnehin bereits bei zwei Billionen Euro. Gerade in

den letzten Jahren sind rund 400 Milliarden hinzugekommen, allein 300 Milliarden Euro wegen der bereits aufgelaufenen Kosten der Finanzmarkt- und Bankenkrise.

Auf der anderen Seite beträgt in Deutschland allein das private Geldvermögen über drei Billionen Euro. Hinzu kommen rund sieben Billionen Euro an Sach- und Immobilienvermögen. Allein seit 1999 ist das gesamte private Vermögen in Deutschland um 40 Prozent oder drei Billionen Euro gestiegen. Das ist eine Billion Euro mehr als die gesamte Staatsverschuldung. Auch in der Krise haben die Superreichen Kasse gemacht, während der Staat sich weiter verschulden musste.

Deshalb ist klar: Wer sich nicht an Banken und Vermögende ran traut, wird die Staatsfinanzen nicht in den Griff bekommen. Eine einmalige, massive Vermögensabgabe auf alle Vermögen oberhalb von einer Million Euro wäre sinnvoll. Am besten wäre es, wenn dies in der gesamten Euro-Zone möglich wäre.

In Deutschland könnte eine Abgabe mit der genannten Freigrenze auf einen Schlag ungefähr die Hälfte der Staatsschulden beseitigen. Dies würde zu deutlichen Entlastungen bei den Zinszahlungen des Staates führen.

Das wäre die wirklich grundlegende Alternative für Europa: Mit einer gut gemachten Umschuldung, Abkoppelung von den Finanzmärkten und einer europaweiten Vermögensabgabe wird für den Kontinent der Reset-Knopf gedrückt. Und mit einer abgestimmten Wirtschafts- und Finanzpolitik, vor allem mit einem Ende des Lohndumpings in Deutschland wird dafür gesorgt, dass es nicht wieder zu solch dramatischen Verwerfungen in Europa kommt.

Unendliche Geschichte der Rettungspakete

Von derartigen Perspektiven ist die herrschende Politik, vor allem die deutsche Regierungspolitik himmelweit entfernt. Es ist eher so, dass der Karren immer tiefer in den Dreck gefahren wird. Mit jedem neuen Rettungspakt.

Die EU-Staaten, die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds haben mittlerweile mehrere Rettungsprogramme aufgelegt.

Griechenland: Erster Akt

Bei den Wahlen am 4. Oktober 2009 wurde eine neue Regierung gewählt. Giorgos Papandreou wurde neuer Ministerpräsident. Die Neuverschuldung des griechischen Staates, die bislang mit 3,7 Prozent für 2009 ausgewiesen war, musste auf 12,7 Prozent korrigiert werden. Da auch noch weitere ungünstige Prognosen hinzukamen verschlechterten sich zunehmend die Refinanzierungsmöglichkeiten des griechischen Staates am Kapitalmarkt, die Zinsen stiegen.

Das Programm Griechenlands mit den notwendigen Eigenanstrengungen hätten wir niemals erreicht, wenn Deutschland zu einem frühen Zeitpunkt, wie von fast allen gefordert, finanziellen Hilfen ... zugestimmt hätte.

Kanzerlin Merkel im Bundestag, 5. Mai 2010

In der EU wurde schon um den Jahreswechsel 2009/2010 darauf gedrängt Griechenland zu helfen. Kanzerlin Merkel verhinderte dies. Sie wollte Griechenland in die Enge treiben.

Ende April 2010 war es dann soweit. Die griechische Regierung musste das Handtuch werfen. Gerade auch weil durch das Abwarten der EU sich die Spekulation gegen griechische Anleihen immer mehr aufschaukelte und die Finanzierung am Kapitalmarkt nicht mehr möglich war.

Ab 7. Mai 2010 hatte der Bundestag innerhalb von fünf Parlamentstagen die Griechenlandhilfen durchgepeitscht. Die EU und der IWF gaben einen Kredit in Höhe von 110 Milliarden Euro verteilt auf drei Jahre. Der IWF wurde auf Drängen von Merkel mit ins Boot geholt, weil dort die „Experten“ sitzen, die über große Erfahrung und Kenntnisse bei der Umsetzung von Austeritätsprogrammen haben. Gerade in der dritten Welt zieht der IWF seit Jahrzehnten eine Blutspur von sozialen Grausamkeiten hinter sich her. Diese „Expertise“ wollte Merkel.

Der Internationale Währungsfonds muss eingebunden werden. Wir haben darauf bestanden, auch wenn wir mit dieser Haltung in der Europäischen Union zu Beginn in der Minderheit waren. Es ist der Internationale Währungsfonds, der mit seinen Erfahrungen einen wertvollen – ich sage: unverzichtbaren – Beitrag zu einer erfolgreichen Umsetzung des griechischen Sanierungsprogramms leistet. Ohne Deutschland wäre es zu einer Einbeziehung des IWF nicht gekommen.

Kanzerlin Merkel im Bundestag, 5. Mai 2010

Euro-Rettung: zweiter Akt

Kaum hatte der Deutsche Bundestag am Freitag, dem 7. Mai Kredite für Griechenland bewilligt, nahmen die Spekulanten den Euro ins Visier. Die EU-Regierungschefs wollten am Freitag in Brüssel eigentlich nur das Rettungspaket für Griechenland bei einem gemütlichen Abendessen endgültig absegnen. Der EZB-Präsident Trichet überraschte viele Teilnehmer mit drastischen Worten: „*Wenn jetzt nicht gehandelt wird, haben wir am Montag eine systemische Krise.*“ Erinnerungen an den Herbst 2008 und die Pleite von Lehman Brothers wurden wach. Schnell war allen Ministerpräsidenten klar: Ein Rettungspaket musste her, bevor Montagfrüh in Asien die Börsen öffneten.

Man verabschiedete einen weitergehenden europäischen Stabilisierungsmechanismus, den EFSF. Dieser umfasste Kreditgarantien über 750 Milliarden Euro aus drei verschiedenen Töpfen: Die EU stellt 60 Milliarden Euro aus ihrem Haushalt zur Verfügung. Weitere 440 Milliarden Euro der Euro-Staaten werden über eine Zweckgesellschaft mit Sitz in Luxemburg abgewickelt. Zudem stellt der *Internationale Währungsfonds* (IWF) weitere 250 Milliarden Euro an Krediten zur Verfügung. Sie müssen bei einem eventuellen Staatsbankrott vorrangig bedient werden. Bislang wurden Irland und Portugal aus diesen Mitteln unterstützt.

Im September 2011 wurde die *Europäische Finanzierungsfazilität* (EFSF) erweitert. Die Euro-Staaten erhöhen ihren Anteil auf 780 Mil-

liarden Euro. Faktisch stehen damit effektiv 440 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Differenz zu den 780 Milliarden Euro sind die sogenannte „Übersicherung“. Diese ist erforderlich, damit die EFSF die Bestnote „AAA“ der privaten Ratingagenturen erhält und sich günstig am Kapitalmarkt finanzieren kann.

Der EFSF nimmt am Kapitalmarkt Geld auf und reicht dieses mit einem Strafzins weiter. Damit soll verhindert werden, dass die Krisenstaaten zu billig an Kredite kommen und die Macht der Banken und Finanzmärkte gebrochen wird.

Der Anteil der Mitgliedsstaaten an den Krediten ergibt sich aus ihrem Kapitalanteil an der *Europäischen Zentralbank*. Deutschland ist am EFSF daher mit 27 Prozent beteiligt, woraus sich nach der Erweiterung des EFSF eine Garantie von 211 Milliarden Euro ergibt. Sollte diese Garantie tatsächlich fällig werden, so ergeben sich unter Einbeziehung von Zinszahlungen Gesamtkosten, die höher als 400 Milliarden Euro liegen. An den IWF-Krediten ist Deutschland als Mitglied mit fast sechs Prozent oder knapp 15 Milliarden Euro beteiligt.

*Der Bund verdient eine gute Marge
Die deutschen Steuerzahler übernehmen nicht die Schulden eines anderen Eurolandes! Sie gewähren dem EFSF Garantien. Wir vergeben die Kredite mit einer ordentlichen Marge ..., die im Fall des griechischen Hilfspakets 300 Basispunkte beträgt. Dies steht den Ländern zu, die die Garantie gewähren. Bei einem Kreditvolumen von zehn Milliarden sind das etwa 300 Millionen Euro pro Jahr.*

Klaus Regling, Chef des EFSF, Frankfurter Rundschau, 22. Oktober 2010

Euro-Krise als Dauerthema: Der ESM

Offenbar glauben weder die EU noch die Bundesregierung, dass sie die Schuldenkrise bald in den Griff bekommen. Die Staats- und Regierungschefs verabredeten Ende März 2011 einen dauerhaften *Europäischen Stabilisierungsmechanismus* (ESM). Er wird 750 Milliarden Euro Kreditgarantien umfassen. Der Anteil der EU-Mitgliedsstaaten wurde auf 500 Milliar-

den Euro aufgestockt. Nimmt man die „Übersicherung“ hinzu sind es sogar 620 Milliarden Euro. Weitere 80 Milliarden Euro werden als Grundkapital in mehreren Raten direkt, also als Bareinlage eingezahlt.

Deutschland trägt unter den Euro-Partnern den größten Anteil von etwa 27 Prozent. Das sind 22 Milliarden Euro beim Grundkapital und 168 Milliarden Euro bei den Garantien bzw. dem abrufbaren Kapital. Der IWF trägt wie bisher 250 Milliarden Euro.

Neben dem ESM selbst ist eine Beteiligung der privaten Gläubiger im Insolvenzfall möglich. Spannend ist jedoch, wer feststellt, ob es sich um Liquiditäts- oder Solvenzprobleme handelt. Im ersteren Fall findet nämlich keine Gläubigerhaftung statt. Aber selbst wenn es sie geben sollte, gilt dies erst für die Zeit ab 2013. In dann neu aufgelegten Staatsanleihen kann die Gläubigerhaftung vereinbart werden. Dies dürfte zu einer höheren Zinsbelastung führen. Wirksam werden könnte eine entsprechende Klausel dann erst in den Folgejahren. Bis der größte Teil der Staatsschulden in diese neuen Papiere umgeschichtet ist, dürften mindestens zehn Jahre vergehen.

Bis dahin werden die Banken ihre riskanten Staatspapiere zudem in noch stärkerem Umfang als bisher an die EZB bzw. den EFSF ausgelagert haben. Ein Schuldenschnitt würde dann direkt vor allem die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler treffen. Je länger gewartet wird, desto teurer wird es für Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Euro-Plus Pakt: Plus für Unternehmen, minus für Beschäftigte

Parallel zum ESM wurde von den Regierungschefs der sogenannte *Euro-Plus Pakt* ins Leben gerufen. Vorausgegangen war dem der von Sarkozy und Merkel im Februar 2011 verkündete „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“.

Dem liegt die späte Einsicht zugrunde, dass die Außenhandelsungleichgewichte Europa sprengen. Folglich sollen sie abgebaut werden. Merkel hat jedoch durchgesetzt, dass nur Länder mit einer Wettbewerbschwäche in die Pflicht genommen werden. In Deutschland sei alles

prima, es ist ein Land der „Stärkeren“. In der Tat: Deutschland ist „stark“ beim Lohndumping, es ist „stark“ bei den prekären Jobs. Diese „Stärke“ soll exportiert werden.

Die Lohnstückkosten der Euro-Staaten sollen in Zukunft neben anderen Indikatoren regelmäßig ausgewertet werden. Kritisch in den Blick genommen werden die Länder, bei denen Leistungsbilanzdefizite und eine überdurchschnittliche Entwicklung der Lohnstückkosten bestehen.

Wir, die Bundesrepublik Deutschland, haben gegenüber vielen europäischen Ländern Exportüberschüsse. Wenn dies auf erhöhter Wettbewerbsfähigkeit beruht, darf dies natürlich nicht zum Gegenstand von Klagen werden, sondern muss begrüßt werden. ...

Wir haben klargestellt, dass Handlungsbedarf vor allem bei den Ländern mit Wettbewerbsschwächen besteht; denn Konvergenz in der Euro-Zone darf natürlich nicht Annäherung an die Schwächeren sein, sondern muss immer an den Stärkeren unter uns ausgerichtet sein, damit Europa als Ganzes wettbewerbsfähig bleibt.

Kanzlerin Merkel im Bundestag, 24. März 2011

Diesen Ländern soll dann beispielsweise folgendes empfohlen werden:

- „Überprüfung der Lohnbildungsregelungen und erforderlichenfalls des Grads der Zentralisierung im Verhandlungsprozess und der Indexierungsverfahren.
- Sicherstellung, dass die Lohnabschlüsse im öffentlichen Sektor den auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gerichteten Anstrengungen im Privatsektor förderlich sind.“ (Euro-Plus-Pakt 24./25. März 2011)

Es wird also empfohlen, dass in die „Lohnbildungsregeln“ eingegriffen wird. Dies ist ein direkter Angriff auf die Tarifautonomie, die in vielen Ländern – so auch Deutschland – ohnehin durch gesetzliche Veränderungen beschädigt ist. Ziel soll unter anderem sein, Tarifpolitik zu dezentralisieren. Vermutlich „am besten“ bis

runter auf den Betrieb, da dort die Konkurrenz der Belegschaften und damit das Disziplinierungspotential am größten ist.

Löhne sollen maximal noch mit der Produktivität wachsen, ohne Inflationsausgleich. Dies zielt unter anderem auf Länder mit sogenannter Lohnindexierung – zum Beispiel Luxemburg oder Belgien – ab. Dort bekommen Beschäftigte bisher automatisch einen Ausgleich für die Preiserhöhungen.

Eine besondere Verantwortung weist die EU dem öffentlichen Dienst zu. Die Tarifparteien sollen dort Verantwortung für die „Wettbewerbsfähigkeit“ ihres Landes übernehmen. Das ist eine unverblühte Aufforderung an die Regierungen, die Löhne im öffentlichen Dienst zu kürzen.

Das hat Gründe: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind in vielen Ländern noch gut organisiert; häufig im Gegensatz zur Privatwirtschaft. Der Anteil der Beamten ist vielfach geringer als in Deutschland, damit der Anteil der streikfähigen Angestellten größer. Sie können Druck ausüben indem sie die Infrastruktur und die öffentliche Versorgung lahmlegen.

Wenn in Frankreich oder Spanien zum Generalstreik aufgerufen wird, dann streikt vor allem der öffentliche Dienst. Auch in Portugal und Griechenland besteht eine im Vergleich zu Deutschland viel größere Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation im öffentlichen Bereich. Dort werden in diesen Ländern die Marken für Lohn- und sozialen Fortschritt gesetzt. Deshalb ist der Angriff auf die „Lohnabschlüsse im öffentlichen Sektor“ für diese Länder besonders bedrohlich.

Auch wenn Merkel mithilfe der Brüsseler Lohnkeule vor allem auf die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten eindrischt, drohen Rückwirkungen für die Beschäftigten in Deutschland. Wenn zum Beispiel Spanien die Löhne beginnend im öffentlichen Sektor und dann in der ganzen Wirtschaft beschränkt oder sogar kürzt, wird sich die Wettbewerbsposition gegenüber Deutschland verbessern. Dann besteht die Gefahr, dass Beschäftigte und ihre Betriebsräte hierzulande unter Druck gesetzt werden. Etwa

durch nachlassende Absatzchancen und dadurch bedingten Druck auf die Beschäftigung. Oder Belegschaften werden erpresst mit der Androhung, Betriebe nach Spanien – um in unserem Beispiel zu bleiben – zu verlagern.

Im Dokument zum Euro-Plus-Pakt findet sich für die Sozialpolitik folgende Passage:

„Besondere Aufmerksamkeit wird ... aktuellen Politiken, insbesondere in der Renten-, Gesundheitsfürsorge- und Sozialleistungssysteme gewidmet, wobei demografische Faktoren berücksichtigt werden.“

Die ... erforderlichen Reformen könnten Folgendes einschließen: Angleichung des Rentensystems an die nationale demografische Situation, beispielsweise durch Angleichung des tatsächlichen Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung.“

Die Renten sollen um den Anstieg der Lebenserwartung gekürzt, bzw. das Renteneintrittsalter entsprechend erhöht werden. Dass in Deutschland vor kurzem die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 69 Jahre in Aussicht gestellt wurde, passt in diese Sichtweisen.

Finanzmärkte fressen die Demokratie auf

Die Finanzmärkte haben die Parlamente längst entmachtet. Sie müssen immer neue Rettungspakete abnicken. Die EU setzt aber noch eins drauf. Sie plant das sogenannte *Europäische Semester*. Was nach einem netten Auslandsstudium in Paris oder Rom klingt ist, in Wahrheit ein Epochenwechsel. Die Königsdisziplin der Parlamente – das Haushaltsrecht – soll faktisch aufgehoben werden.

Zukünftig müssen die Mitgliedstaaten den „Empfehlungen“ Brüssels folgen und ihre Haushalte von der EU-Kommission absegnen lassen. Länder, die das Maastricht-Kriterium von über 60 Prozent Staatsverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt nicht einhalten, müssen mit empfindlichen Geldbußen rechnen. Als wenn man einem Patienten, der an Blutverlust leidet, noch mehr Blut abzapft.

Trichets Visionen

Die Überlegungen gehen jedoch schon viel weiter. So hat der scheidende EZB-Präsident

Trichet am 1. Juni 2011 in Aachen einiges offenbart. Wenn Staaten auch mit europäischen Hilfsprogrammen ausgestattet nicht aus der Krise herausfinden, dann soll von außen in das Land hineinregiert werden. *„Würden wir zu weit gehen, wenn eine direkte Einflussnahme durch Institutionen des Eurogebietes auf die Wirtschaftspolitik in dem betroffenen Land möglich wäre? Für den Fall, dass dessen Wirtschaftspolitik nachhaltig schädlich ist? Eine direkte Einflussnahme, die weit über die derzeit geplante Überwachung hinausgeht? ... In einem neuen System wäre es ... sogar zwingend, dass europäische Institutionen ... Entscheidungen treffen, die auf die betroffene Volkswirtschaft durchgreifen.“*

Denkbar wäre auch – so Trichet – ein europäisches Finanzministerium. *„Es sollte nicht unbedingt ein großes europäisches Budget verwalten. Ich denke eher an ein Finanzministerium mit direkten Zuständigkeiten für die Aufsicht über Haushaltspolitik und Wettbewerbsfähigkeit sowie den Durchgriff auf die Wirtschaftspolitik.“*

Diese Visionen Trichets haben es in sich. Das Problem sind nicht so sehr die institutionellen Veränderungen, sondern was damit bewirkt wird. Unter der Hegemonie eines Deutschlands mit Merkel an der Spitze würde damit der Kontinent umso schneller in das Desaster getrieben. Würde jedoch allgemein anerkannt, dass die eigentlich „schädliche Wirtschaftspolitik“ von Deutschland ausgeht, könnte mit europäischen Institutionen eingegriffen werden.

Wie geht es weiter?

In Griechenland findet unbemerkt von der deutschen Presse eine kleine Revolution statt. Das ganze Land diskutiert über Alternativen zu den Kürzungspakten. Bislang unpolitische Menschen beginnen, sich in Gewerkschaften und Nachbarschaftskomitees zu organisieren.

Die Schüler demonstrieren mit den Rentnern. Die Eltern renovieren und putzen die Schulen, weil der Staat sich längst zurück gezogen hat. Selbst Lehrer beginnen aus purer Not und Verzweiflung, Gemüse anzubauen, weil sich kaum einer noch den „griechischen Volkssport“ des Cafébesuchs leisten kann. Das Land rückt so

näher zusammen, doch für die Menschen hat ein täglicher Überlebenskampf begonnen.

Ein Drittel der Griechen glauben laut einer Meinungsumfrage mittlerweile an eine Revolution. Das Problem ist nur: Die Entscheidungen werden längst nicht mehr in Athen getroffen. Daher schlägt der Protest oft in pure Verzweiflung um und richtet sich allgemein gegen „die da oben“ und die „politische Klasse“.

In Spanien haben sich insbesondere junge Menschen von den arabischen Revolutionen und dem französischen Bestseller „Empört Euch“ des linken Widerstandskämpfers, Stéphane Hessel, inspirieren lassen. Unter diesem Motto werden friedlich öffentliche Plätze besetzt, um gegen die Jugendarbeitslosigkeit und das verkrustete politische System zu demonstrieren. Die Demonstranten übernachten trotz eines Verbotserlass des Innenministeriums auf öffentlichen Plätzen. Die Anwohner bringen Verpflegung. Die Bewegung will bleiben, bis ihre Forderungen umgesetzt sind. Notfalls bis zu den Parlamentswahlen im März 2012.

Doch während in Spanien und Griechenland eine breite Bewegung gegen Sozialabbau wächst, sind die vermeintlichen Rettungspakete in den nordeuropäischen Ländern Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten. Das ist tragisch. Denn die Brandstifter sitzen in Berlin. Der lauwarmer Herbst in Deutschland war enttäuschend: Viele Menschen in Deutschland haben resigniert oder sind einfach nur froh, dass ihr Arbeitsplatz nicht vernichtet wurde. Aber die Montagsdemos gegen Hartz IV, die Proteste gegen die Rentenkürzungen in Frankreich und die Demokratiebewegung in Spanien zeigen: Es braucht Geduld und starke Symbole, damit die Menschen ihre Interessen verteidigen. DIE LINKE muss die berechtigte Wut der Bevölkerung daher weiterhin auf die Verursacher und Profiteure der Krise lenken. Sonst hat Europa keine Chance und die Bevölkerungsmehrheit wird weiter abkassiert.